

Zeitungsspiegel

Herausgegeben vom Evangelischen
Presbyterverband für Rheinland

Essen, Dritter Hagen 23, Schließfach 689 · Fernruf Essen 24344 und 24345 · Postcheckkonto Essen 3417

Herausgegeben: Mittwoch, 10. Mai 1933.

Nr. 26.

Vertraulich!

I. Reichskirche.

=====

Hitlers Beauftragter zur Reichskirche.

"Tägliche Rundschau" Nr. 106 vom 10.5.1933

Eine Unterredung mit dem Wehrkreispfarrer Müller.

Wehrkreispfarrer Müller, der Bevollmächtigte des Reichskanzlers für die Angelegenheiten der evangelischen Kirchen, über dessen Bedeutung wir bereits in der gestrigen Ausgabe unseres Blattes berichteten, hat einem Mitglied der Redaktion eine Unterredung gewährt, aus der auch Klarheit über sein Verhältnis zu den "Deutschen Christen" zu gewinnen ist.

I. Wie wurden Sie der Bevollmächtigte des Reichskanzlers?

"Seit ich den Kanzler kenne - seit ca. sechs Jahren -, haben wir sehr oft über die Zukunftsaufgabe der evangelischen Kirche gesprochen. Am Ostermontagnachmittag habe ich in Berchtesgaden lange und ausführlich mit dem Kanzler Adolf Hitler die Probleme einer geeinten deutschen evangelischen Kirche durchdacht. Die Vorgänge nach Ostern (Mecklenburg) und eine etwa einstündige Aussprache zwischen dem Kanzler und dem Präsidenten D. Kapler gingen meiner Beauftragung voraus."

II. Was erwartet der Kanzler Adolf Hitler von Ihnen?

"Ich soll dafür sorgen, daß der Kampf um die Zukunft der evangelischen Kirche nicht so geführt wird, wie der politische Kampf. Adolf Hitler will keine Religionskriege heraufbeschwören."

III. Wie ist Ihr Verhältnis zu den "Deutschen Christen"?

"Neben meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter des Reichskanzlers führe ich weiter die "Deutschen Christen" Ostpreußens. Weil die ostpreußischen Kampfrichtlinien wegen ihrer Eigenart in der letzten Zeit viel besprochen worden sind, weise ich Sie auf folgende wesentliche Punkte dieser Richtlinien hin:

Unser Vaterland braucht eine starke evangelische Kirche, welche mehr als bisher imstande ist, eine Durchdringung des gesamten Volkswesens mit den sittlich erneuernden Aufbaukräften des Evangeliums zu gewährleisten und undeutsche, vergiftende Einflüsse, wie: Materialismus, Bolschewismus, würdelosen Pazifismus vom deutschen Volkskörper fernzuhalten.

Wir fordern u.a. eine neue Kirchenverfassung, welche den überall bereits erledigten Parlamentarismus und das demokratische Wahlsystem vermeidet.- Neue Gliederung der Synoden und gerechtere Berücksichtigung aller Stände.- Vereinigung der evangelischen deutschen Landeskirchen zu einer Reichskirche, bei pietätvoller Wahrung geschichtlich begründeter Sonderrechte.

Wir treten ein: für die völlige Wahrung des Bekenntnisstandes der Reformation, verlangen aber eine Weiterbildung des deutschen evangelischen Bekenntnisses im Sinne scharfer Abwehrmaßnahmen gegen alle modernen Irrlehren. Die Kirche soll in ihrer Sendung als deutsche reformatorische Kirche uns die Waffen für unseren Kampf gegen alles unchristliche und undeutsche Wesen liefern. Die Ewigkeitswahrheit Gottes, wie Christus sie gelehrt hat, soll in einer der deutschen Seele verständlichen Sprache und Art verkündet werden. Für kirchliche deutsche Sitte und Zucht in Stadt und Dorf, Sonntagsheiligung, christliche Schulen und Pflege jeglicher in unserer Rasse und unserem Volkstum verankerten guten frommen deutschen Sitte.- Für kräftigen Ausbau der christlichen Liebestätigkeit innerhalb unserer Kirche.

Wir verpflichten uns und verlangen diese Verpflichtung von allen evangelischen Männern und Frauen zum Dienst in unseren Gemeinden. Dienen wollen wir durch unermüdliche Werbung für unsere Gottesdienste, durch ritterliches Eintreten für die Armen und Hilfsbedürftigen, durch Verteidigung unseres Glaubens, wo er angegriffen oder in Frage gestellt wird, und durch treues evangelisches Bekenntnis in aller Öffentlichkeit."

IV. Wie denken Sie sich die Zukunftsaufgaben der "Deutschen Christen"?

"Wenn von berufenen Organen der Kirche das Gemeinsame der verschiedenen historisch gewordenen Bekenntnisse der evangelischen Kirchen Deutschlands gefunden sein wird, haben die "Deutschen Christen" die Aufgabe, durch missionarische Verkündigung dieses innerlich Gemeinsamen die seelische Grundlage mitzubauen, auf der allein ein Neubau der Kirche möglich ist. Denn Kirche wird nicht durch Wahlkämpfe, sondern durch Glaubenszeugnisse!"

V. Wie gestaltet sich Ihre Zusammenarbeit mit den drei Bevollmächtigten des Kirchenbundes?

"Über alles Erwarten herzlich und außerordentlich gut, so wie der Herr Reichskanzler es sich gewünscht hatte."

VI. Wie denken Sie über die zukünftige äußere und innere Gestalt der deutschen evangelischen Kirche?

"Dazu kann ich nur nochmals auf unsere ostpreußischen Richtlinien hinweisen. Ich betone noch einmal: das Wichtigste und Ausschlaggebende für die Gestalt der deutschen evangelischen Kirche ist ihr einmütiges Bekennen. Wenn diese Grundlage gelegt ist, wird sich auch der einheitliche äußere Bau errichten lassen, wie die jetzige Zeit ihn verlangt. Vorher wollen wir über die äußere Gestalt nicht sprechen."

+

Zu den Ausführungen von Wehrkreispfarrer Müller ist noch folgendes zu bemerken: Die Richtlinien des Landesverbandes der "Deutschen Christen" in Ostpreußen weichen in wesentlichen Punkten von den Richtlinien der Reichsleitung ab. Daher erklärt es sich, daß alle namhaften Kirchenführer den ostpreußischen Richtlinien ihre volle Zustimmung erteilt haben. Auch die gestern gemeldete Ablehnung des politischen demokratischen Wahlsystems durch die ostpreußische Pfarrerschaft gehört in diesen Zusammenhang.

Da auch aus anderen Landesverbänden der "Deutschen Christen" (besonders aus Bayern und Württemberg) erhebliche Bedenken gegen die Reichsleitung angemeldet sind, wird man damit rechnen können, daß sich die ostpreußischen Richtlinien durchsetzen.

II. Schulfrage.

=====

- a) Der Reichsinnenminister Dr. Frick sprach vor der Konferenz der Kultusminister über das Schulprogramm. Seine Ausführungen wurden in allen Tageszeitungen veröffentlicht; bemerkenswert ist aber, was in den politisch betonten Zeitungen aus den Ausführungen des Ministers gebracht bzw. nicht gebracht wird. Für uns ist von besonderer Wichtigkeit das, was der Minister ausführte über "Kirche und Schule". Die

"Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet in ihrer Nr. 214/15 vom 10.5.1933 hierüber:

"Bezüglich des Verhältnisses von Kirche und Schule verweise ich auf die Erklärung, die der Herr Reichskanzler am 23. März im Reichstag abgegeben hat. Er hat dort ausgeführt, daß die nationale Regierung in den beiden christlichen Konfessionen wichtigste Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums sehe und daß sie in Schule und Erziehung den christlichen Bekenntnissen den ihnen zukommenden Einfluß einräumen und sicherstellen werde."

- b) Die "Kreuz-Zeitung" Nr. 127 vom 10.5.1933 teilt mit, daß die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt sei:

"Aus diesen Ausführungen ergibt sich bereits, daß die schulpolitischen Bestimmungen der Reichsverfassung keine geeignete Ordnung des deutschen Schulwesens ermöglichen. Ein Hauptgrund, weshalb die Schaffung des Reichsschulgesetzes nach Artikel 146 der Reichsverfassung mißlingen mußte, ist darin zu sehen, daß in der Verfassungsbestimmung der Wille der einzelnen Eltern allein maßgebend für die weltanschauliche Form der Schule ist. Es geht nicht an, Erziehungsberechtigte, die die Bindungen an Volk und Staat außer acht lassen, von Staats wegen und mit Staatsmitteln instand zu setzen, ihre volks- und staatsfeindlichen Auffassungen durch besondere Schulen zu verbreiten und durch die Kinder zu verewigen.

Ich halte nicht für erforderlich, die unbrauchbaren Verfassungsbestimmungen über die Schule ausdrücklich außer Kraft zu setzen. Wo sich ergeben sollte, daß sie die notwendigen Reformen hindern, wird im Einzelfalle das Nötige zu veranlassen sein. Dies gilt auch für Artikel 174 der Reichsverfassung, der besagt, daß es bezüglich der weltanschaulichen Gestalt der Volksschule bis zum Erlass eines Reichsschulgesetzes bei der Rechtslage zu verbleiben habe, wie sie in den einzelnen Ländern bei Erlass der Reichsverfassung bestand. Er kann und darf für die Länder, in denen zwischen dem 9. November 1918 und dem 14. August 1919 der bis dahin christliche Charakter der Volksschule beseitigt worden ist, kein Hindernis bilden, diesen christlichen Charakter wieder herzustellen."

c) Überraschenderweise übergeht der Bericht der "Germania" Nr. 127 vom 10.5.1933 völlig die Ausführungen, die der Minister machte über das Verhältnis der kommenden Schule zur Kirche. Die "Germania" hebt lediglich hervor:

"...Die nationale Regierung will unbedingt den politischen Charakter der Schule in dem Sinne hergestellt wissen, daß die Schule durch ihre Erziehung die gliedhafte Einordnung der Schüler ins Volksganze herbeiführt, damit der geschlossene politische Wille auch für die Zukunft eine starke und dauernde Grundlage im Volke findet."

III. Evangelische Vereine und Verbände.

=====

a) Vertrauensmann im E.P.D.

"Tägliche Rundschau" Nr. 106 vom 10.5.1933

Der geschäftsführende Direktor des Evangelischen Pressverbandes für Deutschland, Professor D. Hinlerer, hat aufgrund ihm erteilter Vollmachten den Leiter des Evangelischen Pressverbandes von Ostpreußen, Pfarrer Horst Schirmacher, der der geistliche Mitarbeiter von Wehrkreispfarrer Müller ist, als kirchenpolitischen Referenten in den Vorstand des Evangelischen Pressverbandes für Deutschland und als Beirat in die Presseabteilung berufen.

b) Religiöse Sozialisten.

"Der Reichsbote" Nr. 108 vom 10.5.1933

Der Landesverband Thüringen des Bundes religiöser Sozialisten hat seine Auflösung beschlossen. Veranlassung hierzu geben die Verhandlungen im Landeskirchentag, die zu einer Mandatsniederlegung der religiösen Sozialisten geführt haben.

IV. Aus dem katholischen Lager.

"Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 214715 vom 10.5.1933

a) Der "Regensburger Anzeiger" auf drei Tage verboten.

Der Chef der bayerischen Staatskanzlei, Minister Hermann Esser, hat die Polizeidirektion in Regensburg angewiesen, den "Regensburger Anzeiger", das Blatt des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hell, auf drei Tage zu verbieten, weil er einen in ungebührlicher Form gehaltenen Aufruf an die bayerische Regierung veröffentlicht habe.

b) Für die katholische Universität in Holland.

"Germania" Nr. 127 vom 10.5.1933

Obgleich die Krise schwer drückt, ist die Sammlung für die katholische Universität Nijmegen doch zufriedenstellend ausgefallen, wenn auch in einzelnen Pfarreien kleine Rückschläge zu verzeichnen sind, die aber an einzelnen Orten durch anderweitige Zuwendungen ausgeglichen werden. Die Diözese Herzogenbusch z. B. hat allein die Summe von beinahe 100 000 Schw. Fr. aufgebracht. Es hatten sich insgesamt über 100 Lokalkomitees mit der Verbreitung der Propagandaschriften befaßt. Das Losungswort hieß: Sicherung und Ausbau der katholischen Universität trotz der Krise!

c) Beurteilung Brünings."Der Reichsbote" Nr. 108 vom 10.5.1933Bemerkungen zum Tage.

Die "Germania" feiert die Übertragung des Parteiführeramtes des Zentrums an den ehemaligen Reichskanzler Dr. Brüning in einem längeren Huldigungsartikel, in dem sie die positiven staatsmännischen Leistungen Dr. Brünings und seine uneigennützig und opferbereite Hingabe an die Nation unterstrich. Die Zeitung hat recht, wenn sie auf das geschichtliche Nein, das Brüning in der Reparationsfrage ablegte, verweist. Sie hat recht, wenn sie den Geist selbstlosen und uneigennützigen Handelns, der den Staatsmann Brüning beherrschte und auszeichnete, hervorhebt. In einem Irrtum jedoch befindet sich die Zeitung, wenn sie behauptet, die innere Reinigung Deutschlands von der entarteten parlamentarischen Methode, einer anonymen Pluralherrschaft und die Wiederbelebung des politischen Führergedankens seien mit Brünings Persönlichkeit verbunden.

Die Erfahrungen unter dem Brüning-Kurs zeigten gerade im Gegenteil eine nicht mehr tragbare Zerlöcherung des autoritären Führerprinzips, das Brüning anfangs allerdings angestrebt hatte, durch ein hoffnungslos entartetes parlamentarisches System, dem der Kanzler Brüning keinen Riegel vorzuschieben wußte, dessen Entartungen er vielmehr durch seinen fanatischen Kampf gegen den unter ihm siegreich aufsteigenden Nationalsozialismus immer mehr verschärfte. Wenn die "Germania" schließlich noch notiert, daß es der staatsmännischen Arbeit Brünings zu verdanken sei, daß Deutschland in einer Wirtschaftskrise, von der die ganze Welt erschüttert wurde und die gerade von Deutschland die schwersten Opfer forderte, nicht dem Chaos anheimfiel, und daß diejenigen, die ihm folgten, kein Trümmerfeld vorfanden, - so strafen die Tatsachen diese Aussage Lügen. Die Männer, die nach Brüning die deutsche Wirtschaft in ihre Führung nahmen, standen einem vollkommenen Kassenchaos gegenüber, einem nahezu vollendeten Zusammenbruch der Sozialversicherung, des Krankenkassenwesens, der öffentlichen Haushalte und zahlloser industrieller und gewerblicher Betriebe. Die Notverordnungspolitik Brünings hat die Finanzen des Reiches und der Länder, der öffentlichen und privaten Unternehmen, die Kaufkraft und Lebensfähigkeit des ganzen Volkes bis zu einer Grenze erschüttert, die einem Ruine des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland gleichkam...

d) Der Umbau des Zentrums."Kreuz-Zeitung" Nr. 127 vom 10.5.1933Jungzentrum vorbehaltlos hinter der Reichsregierung.

Reichskanzler a. D. Dr. Brüning, der neue Führer der Zentrumspartei, will, wie die "Wandelhalle" hört, seine Tätigkeit zur Neuorganisation der Partei schon in nächster Zeit aufnehmen. Von besonderer Wichtigkeit ist die Tatsache, daß Brüning ermächtigt ist, auch eine andere Zusammensetzung der Zentrumsfraktionen des Reichstages und der Landtage herbeizuführen. In Kreisen des Jungzentrums fordert man entschieden, daß Brüning von dieser Vollmacht weitestgehenden Gebrauch macht. Die Vertreter des Jungzentrums haben jedenfalls schon jetzt eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß sie entschlossen sind, sich vorbehaltlos hinter die Reichsregierung zu stellen.

V. Kleine Mitteilungen.

=====

Sieg des Nationalsozialismus in Mitteleuropa.

"Kreuz-Zeitung" Nr. 127 vom 10.5.1933

Die "Neue Berner Zeitung" glaubt an ein weiteres Fortschreiten der nationalsozialistischen Bewegung in Europa. Die alten liberalen und parlamentarischen Formeln seien in zwä Großmächten, Italien und Deutschland, für immer zerschlagen worden. In anderen Ländern lägen sie in Zuckungen. Der große Hitlersieg in Deutschland strahle schon jetzt auf Oesterreich, die Schweiz und selbst auf Polen aus. Die nationalsozialistischen Fronten in diesen Ländern erstarkten immer mehr, und zwar in einem atemberaubenden Tempo.

VI. Das Problem Österreich.

=====

Der Parteitag der Christlichsozialen in Salzburg brachte eine sensationelle Ankündigung des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß. Die

"Frankfurter Zeitung" Nr. 345 vom 10.5.1933 berichtet darüber folgendes:

"Die Regierung Dollfuß ist jetzt endgültig aus ihrer Verteidigungsstellung zum Frontalangriff übergegangen. Sie bezeichnet ihn nicht mehr nur als einen Kampf um ihre Existenz, sondern als einen Kampf um Österreich. Wenn an dem Ernst, mit dem sie diesen Kampf zu führen gedenkt und an seiner Unerbittlichkeit noch ein Zweifel war, so ist das jetzt durch den Verlauf des christlichsozialen Parteitages in Salzburg eindeutig klargestellt. Die Formaldemokratie sei bankrott, wurde dort erklärt, daher müsse sie liquidiert und durch eine "wirkliche echte Demokratie" ersetzt werden, bei der ein totaler Umbau der Methode politischer Willensbildung notwendig sei. Justizminister Dr. Schuschnigg drückte das so aus, daß er geradezu vom

U m b a u d e s S t a a t e s

sprach, der auch mit der Gesellschaftsform untrennbar zusammenhänge: Quadragesimo anno, katholische Soziallehre, christliche Gesellschaftswissenschaft weisen die Wege, d.h. weitestgehende Ständeautonomie, ernster Versuch des Ausbaues echter Ständeorganisationen, Einräumung politischer Rechte an diese autonomen Körper. Aber das Bekenntnis zu diesem neuen Staat, aus dem man manche Ideen heraushören kann, die auch bei der Umgestaltung Deutschlands bedeutsam gewesen sein mögen, hat doch etwas von einer Eigenprägung, die man vielleicht eine österreichisch-nationale nennen könnte. Da ist allem voran das starke katholische Moment, das auch in der Formulierung der Entschlieung des Katholikentages zum Ausdruck kommt: die Anstrengung eines "christlich-deutsch-österreichischen Kulturstaates."

Das meist charakteristische Merkmal der Ära Dollfuß, hinter die sich die große christlichsoziale Partei jetzt vorbehaltlos und ohne jeden Widerspruch gestellt hat, ist, wie bereits wiederholt berichtet, dieser spezifisch rot-weiß-rote österreichische Kurs. Er ist der deutlichste Trennungsstrich gegenüber den Aspirationen der Nationalsozialisten und aller Anschlußfreunde. Diese auf die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Oesterreichs gerichtete Politik wird also nach den Erklärungen auf dem Parteitag künftighin im Mittelpunkt des innerpolitischen Kampfes stehen.

Die Heimwehr hat auch schon durch den Mund ihres Führers Starhemberg die gleiche Parole ausgegeben, allerdings mit der Einschränkung, daß sie die Schaffung eines "selbständigen, unabhängigen fascistischen österreichischen Staates" verlange. Die Nationalsozialisten haben bisher auffallend ruhig auf diese offene Kampfansage reagiert. Die "Deutsch-österreichische Tageszeitung" (Dötz), das bedeutendste nationalsozialistische Organ Österreichs, bringt die Rede des Bundeskanzlers in auffallend prononzierter Weise und kommentiert sie überraschend freundlich...

...In außenpolitischer Hinsicht freute sich der Kanzler, friedliches und freundschaftliches Einvernehmen mit allen Staaten feststellen zu können. Er ergänzte: "Wer zur Durchsetzung seiner innerpolitischen Ziele und in parteipolitischen Interesse gegen die verfassungsmäßige Regierung sich des Auslandes bedient, begeht Hochverrat." Aus den Zurufen ging hervor, daß sich diese Worte nicht nur an die Sozialdemokraten richtete, die der Kanzler direkt apostrophierte, sondern auch an die Nationalsozialisten. Damit kam der Kanzler zum Höhepunkt seiner Ausführungen: dem Bekenntnis zur

ö s t e r r e i c h i s c h e n F r o n t.

Er richtete geradezu einen weit über die eigene Partei hinausgehenden Appell an alle Kreise. Auch in den anderen Reden dieses Parteitages kam immer wieder ein solcher Angriffsgeist zum Ausdruck. Der Parteivorsitzende, Heeresminister Vaugoin, der übrigens diesmal wieder zum Parteiohmann gewählt wurde, erklärte geradeheraus, daß jetzt die Zeit gekommen sei, um überall in Österreich zum Gegenangriff "zur eigenen siegreichen Offensive" vorzugehen. Für die Partei ist dafür der Monat Juni als besonderer Werbemonat ausersehen. Mit diesen und anderen Erklärungen, von denen nur noch die des Ministers Dr. Schuschnigg erwähnt sei, der gegenüber den "Unifizierungsbestrebungen" im Deutschen Reich bezüglich Österreichs ausrief: "Kolonie niemals, niemals!", hat dieser Salzburger Parteitag zweifellos historische Bedeutung bekommen. Die "Entschließung" mit der die Tagung schloß, ist demgegenüber fast bedeutungslos, obgleich auch in ihr nochmals für den Aufbau eines neuen Österreich "auf christlicher und deutscher Grundlage" geworben wird. Bemerkenswert höchstens noch das Bekenntnis zur "kraftvollen Staatsautorität", womit der Regierung Dollfuß restloses Vertrauen ausgesprochen werden soll. Dieses Vertrauen für Dr. Dollfuß geht so weit, daß sogar der Parteiführung als solcher eine besondere "Führerautorität" zugestanden werden soll.

+

Man sieht also schon ungefähr, wie sich die Dinge demnächst in Österreich entwickeln werden. Die Regierung Dollfuß wird alle Machtmittel einsetzen, um ihrer Idee vom neuen Österreich zum Siege zu verhelfen. Sie ist bereit, nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auf der ganzen Linie zum Angriff vorzugehen, der sich nach Lage der Dinge vorwiegend gegen die Nationalsozialisten richten wird, da die Sozialdemokraten in Österreich heute kaum zu einer Gegenaktion in der Lage sind. Wie dieser Kampf ausgehen wird, ist freilich zunächst noch nicht vorauszusehen. Die Nationalsozialisten verfügen auch in Österreich über neue Kampfmethoden, deren Wirksamkeit noch nicht abzuschätzen ist.

Auf das Uniformverbot reagierten sie z. B. damit, daß sie in Wien und in anderen Städten teilweise im Frack und mit Hakenkreuz geschmücktem Zylinder oder einheitlich in weißen Hemden mit brauner Krawatte auf der Straße spazieren gingen. Trotzdem liegen Anzeichen dafür vor, daß den Nationalsozialisten zunächst eine Koalition mit den Christlichsozialen gar nicht so unerwünscht wäre. Allerdings würde sich eine solche nach den Salzburger Erklärungen wohl nicht so leicht zustandebringen lassen, zumal da es ziemlich offenkundig ist, daß die Regierung Dollfuß den neuen Staat auf einer betont christlich autoritären Grundlage anstrebt, die u. U. auch Raum für einen weiteren Ausbau (Ungarn, Kroatien usw.) lassen würde.

Es ist vielleicht auch in diesem Zusammenhang nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß der Bundeskanzler in seiner Salzburger Rede auch noch ankündigte, daß er demnächst noch einmal - nach Rom zu fahren gedenke. "- - -

Ergänzung zu: V. Kleine Mitteilungen.

=====

"Kreuz-Zeitung" Nr. 127 vom 10.5.1933

Der "Rotterdamse Courant" rechnet ebenfalls mit einer Ausdehnung der nationalsozialistischen Bewegung auf die kleinen und großen Nachbarländer Deutschlands. Der Werbekraft einer siegreichen Bewegung sei immer das Geschick beschieden, andere Völker zu ergreifen und in ihren Bann zu ziehen. Der nächste nationalsozialistische Staat werde sicher Österreich sein. Die Anschlußfrage rücke dann als internationales Problem nahe.

+

Am interessantesten ist eine Auslassung in der Sonntagnummer der französischen "Depesche de Toulouse". Hier lesen wir, daß die geistige Hitlerbewegung ein Drittel von Europa zu beherrschen beginne. Ihre Werbekraft aber beginne erst dann die großen liberalen Staaten zu überfluten, wenn der neue Wiederaufbau Deutschlands gelungen sei. Deutschland und Italien führten heute gemeinsam die große nationalsozialistische Bewegung, die in weiteren Jahren wahrscheinlich ganz Mitteleuropa erobert haben werde.